

24. IV. 1916

## Reichshaushaltsauschuß.

N. Berlin, 23. Mai. (Priv.-Tel.) Der Reichshaushaltsauschuß des Reichstages setzte heute Vormittag die zweite Lesung des

## Kriegssteuergesetzes

fort. Zum § 3 begründet ein Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion den Antrag auf Heranziehung der Erbschaften zur Kriegsteuer. Der Staatssekretär weist darauf hin, daß solche Erbschaften schon durch das Erbschaftsteuergesetz mit hohen Sätzen herangezogen werden. Die Fortschrittliche Volkspartei macht geltend, daß in einzelnen Bundesstaaten diese Erbschaften schon jetzt fast bis an die Grenze der Möglichkeit herangezogen werden. Darauf wird der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und die folgenden Paragraphen des Kriegssteuergesetzes in der von den Mehrheitsparteien vereinbarten Fassung zunächst bis einschließlich § 7 angenommen.

Zu § 5 führt die Fortschrittliche Volkspartei aus, daß die Freistellung des Vermögenszuwachses bis 3000 Mark durch die neue Fassung des Gesetzes eine andere Bedeutung erhalte als in der ersten Fassung. Es sollte noch eine kleine Aenderung vorgenommen werden, damit keine Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten vorkommen. Der Staatssekretär hält eine Aenderung nicht für nötig, während das Zentrum die Regierungsvorlage für zweckmäßiger hält, als die Kompromißvorschläge. Bei den Uebergängen seien unter Umständen Härten unvermeidlich.

Ebenso wurde § 8 angenommen. Zu § 9 begründet die sozialdemokratische Fraktion Anträge, die eine andere Skala als der Kompromißantrag vorschlagen. Es wird angeführt, daß bei der Festsetzung der Skala auf die Höhe des bereits vorhandenen Vermögens Rücksicht genommen werden sollte. Die vorgeschlagenen Sätze seien bescheiden. Der Staatssekretär bittet, es bei den Kompromißanträgen zu belassen. Darauf werden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt, und die folgenden Paragraphen des Kriegssteuergesetzes bis 44 einschließlich werden angenommen. Ein nationalliberaler Abgeordneter erklärt, seine Partei habe im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes dem Kompromiß zugestimmt, bitte aber nunmehr zur Sicherung richtiger Veranlagung durch besonders vorgebildete Beamte anzunehmen. Die nationalliberale Resolution wird daraufhin angenommen. Das Zentrum begründet die Resolution betreffend

## Kriegszulagen und Befoldungen.

Der Staatssekretär erklärt, sich überzeugt zu haben, daß die jetzige Form der Kriegsbeihilfe nicht ausreicht, und stellt in Aussicht, daß Kriegszulagen und Kinderbeihilfen gewährt werden sollen. Er beabsichtigt, den Entwurf der Befoldungsnovelle von 1914 wieder vorzulegen. Ein Nationalliberaler empfiehlt, bei der Ausdehnung und der Einführung von Kriegsteuerzulagen möglichst weit zu gehen, da gründliche Hilfe notwendig sei. Insbesondere müßten die Postagenten, sowie die Ruhegehaltsempfänger und die Hinterbliebenen berücksichtigt werden. Seine politischen Freunde seien damit einverstanden, den Befoldungsgesetzentwurf vom Jahre 1914 anzunehmen. Wenn er auch lebhaft bedauern müsse, daß damit Gruppen ausscheiden, welche ebenfalls einer Erhöhung des Gehaltes bedürfen, wie zum Beispiel die gehobenen Postunterbeamten. Dies müsse nachgeholt werden. Ein fortschrittlicher Redner erklärt, daß seine Fraktion erst Zielsetzung nehmen müsse. Er glaube aber, daß sie diese Vorlage annehmen werde. Das Zentrum und die Sozialdemokraten schließen sich diesen Erklärungen an.

Darauf werden die Petitionen erledigt. Eine Petition der Bureauhilfsarbeiterinnen auf Befoldungserhöhung wird zur Verückichtigung überwiesen und danach wird die bereits einmal besprochene Petition des Professor Liebig wegen Verhängung der Briefsperrung und verspäteter Zustellung von Postkarten beraten. Ein Vertreter der Militärverwaltung erklärte, daß es dieselben Gründe gewesen seien, die das stellvertretende Generalkommando des 18. und eines bayerischen Armeekorps zur Beschlagnahme der Liebigschen Broschüren und zur Verhängung

der Briefsperrung veranlaßt haben, die am 20. April aufgehoben worden sei. Die Petition wird für erledigt erklärt. Zu einer Petition des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen um Erhöhung der Löhne, eventuell Unterstützung und Zuweisung von Arbeit führt ein Reichsvertreter aus, die Petition sei erledigt. Die Schneider seien ebenso behandelt worden, wie die übrigen Textilarbeiter.

Nach Erledigung weiterer Petitionen vertagte sich der Ausschuß auf Mittwoch vormittag: Ernährungsfragen.

Berichtigung. In dem Artikel „Kompromißanträge zu den Steuerprojekten“ im Zweiten Morgenblatt vom 22. d. M. war als erwarteter Ertrag der zuerst geplanten Erhebung einer weiteren Wehrbeitrags-Mate 25 Millionen bezeichnet worden; es mußte natürlich heißen: 250 Millionen.